



öffentliche Sitzungsvorlage

Planungs- und Bauausschuss am 10.02.2026

Amt: 66 Amt für Tiefbau und Verkehr
Verantwortlich: Markus Wiedemann, Leiter Amt 66
Vorlagennummer: 2026/66/884

TOP 6

Neugestaltung des Bahnhofplatzes – Umsteigepunkt Hauptbahnhof; Beschluss zur Ausschreibung der Planungsleistungen (VgV- Verfahren mit Lösungsvorschlag)

Sachverhalt:

Anlass und Zielsetzung

Mit der Einführung des neuen ÖPNV-Systems und der Verlagerung der zentralen Umsteigefunktion an den Hauptbahnhof gewinnt der Bahnhofplatz eine neue verkehrliche, funktionale und stadträumliche Bedeutung. Der Bahnhof entwickelt sich zum zentralen Mobilitätsknoten für den Schienenverkehr, den städtischen und regionalen Busverkehr sowie für Fuß- und Radverkehr.

Der heutige Bahnhofplatz stammt im Wesentlichen aus den 1960er-Jahren und ist geprägt durch eine autogerechte Gestaltung. Er weist insbesondere folgende Defizite auf:

- fehlende Barrierefreiheit,
- unübersichtliche Wegebeziehungen, insbesondere für zu Fuß Gehende und Radfahrende
- unsichere Verkehrsführung für Radfahrende und ungenügende Radabstellanlagen
- mangelnde Aufenthaltsqualität,
- fehlende witterungsgeschützte Umsteigemöglichkeiten,
- gestalterisch und funktional unzureichende Infrastruktur für einen modernen ÖPNV-Knoten.

Ziel der Maßnahme ist es daher, den Bahnhofplatz zu einem repräsentativen, funktionalen und zukunftsfähigen Umsteigepunkt weiterzuentwickeln und gleichzeitig die Anforderungen aus barrierefreier Erreichbarkeit für alle Nutzerinnen und Nutzer, Wirtschaftlichkeit, Klimaschutz und Klimaanpassung zu berücksichtigen.

Die Neugestaltung ist ein zentraler Baustein zur Umsetzung der strategischen Ziele der Stadt Kempten im Bereich nachhaltige Mobilität und zur Stärkung des Umweltverbunds.

Einheitlicher Beschluss der gemeinsamen Sitzung des Planungs- und Bauausschusses und des Ausschusses für Mobilität und Verkehr am 06.03.2025

Der AMV / PBA stimmt einer Neuordnung der Verkehrssituation vor dem Eingang des Hauptbahnhofs zu. Im Rahmen der Umgestaltung soll eine neue ÖPNV-Insel mit neun barrierefreien Bushaltestellen in naher Zuordnung zum Haupteingang entstehen. Für den MIV entsteht eine eigene Hol- und Bringzone ohne Verkehrskonflikte und in zumutbarem Abstand zum Haupteingang.

Vorgehen: Vergabe mit Lösungsvorschlag (VgV)

Aufgrund der Komplexität der Aufgabe, der hohen funktionalen Anforderungen und der städtebaulichen Bedeutung des Bahnhofplatzes ist vorgesehen, die Planungsleistungen im Rahmen eines VgV-Verfahrens mit Lösungsvorschlag zu vergeben.

Dieses Verfahren ermöglicht es,

- unterschiedliche konzeptionelle Lösungsansätze zu erhalten,
- funktionale, gestalterische, technische und wirtschaftliche Aspekte gemeinsam zu bewerten,
- eine hohe Planungsqualität sicherzustellen,
- die spätere Realisierung in zwei Bauabschnitten zu berücksichtigen.

Die Planung soll die Leistungsbilder Freianlagen, Verkehrsanlagen, Objektplanung (Überdachungen, WCs, Technikbaukörper) sowie konzeptionelle Aussagen zur Tragwerks- und technischen Planung integrieren.

Das Verfahren wird in zwei Stufen durchgeführt:

1. Die eingegangenen Bewerbungen werden geprüft. Aus diesen werden die drei tauglichsten Bewerber ausgewählt.
2. Diese ausgewählten Bewerber erhalten die Möglichkeit, einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten. Die Vergütung für jeden eingereichten Lösungsvorschlag wird angemessen vergütet.

Aufgabenstellung für die Planer (Kurzfassung)

Dem Ausschuss wird die Aufgabenstellung vorgestellt, die Grundlage für den Lösungsvorschlag im Vergabeverfahren ist. Diese umfasst insbesondere:

- reibungslose, verkehrssichere Erreichbarkeit des Hauptbahnhofs für alle Verkehrsteilnehmer
- Gestaltung eines überdachten Busbahnhofs für den Taktverkehr (9 Bussteige)
- Vier Pausenplätze, zwei Plätze für Schienenersatzverkehr und Fernbusse ohne Überdachung
- Überdachter Fußweg zwischen Busplattform und Bahnhofsgebäude (optionaler zweiter Bauabschnitt),
- sichere, barrierefreie und intuitive Wegeführung für Fuß- und Radverkehr,
- Integration von Fahrradabstellanlagen, E-Scooter-Flächen, Taxi- und Kurzzeitparkplätzen,

- Hol- und Bringzone für den MIV
- Schaffung attraktiver Warte- und Aufenthaltsbereiche,
- separate Toilettenanlagen für Busfahrer und Busfahrerinnen sowie für Fahrgäste,
- Einbindung von Photovoltaik, Ladeinfrastruktur, Batteriespeichern und Trafostation (im ersten Bauabschnitt vier Ladepunkte und Vorbereitungen für eine Erweiterung in einem zweiten Bauabschnitt),
- Berücksichtigung der Klimaanpassungsthematik (Verschattung, Begrünung, Schwammstadt),
- hohe Aufenthaltsqualität bei gleichzeitig klarer verkehrlicher Organisation,
- wirtschaftliche, robuste und wartungsarme Bauweise.

Die vollständige Aufgabenstellung ist Bestandteil der Vergabeunterlagen und wurde dem Ausschuss in den Anlagen zur Sitzung zur Verfügung gestellt.

Weiteres Vorgehen

Nach dem Beschluss des Planungs- und Bauausschusses wird die Verwaltung:

- die Vergabeunterlagen finalisieren,
- das VgV-Verfahren mit Lösungsvorschlag veröffentlichen,
- geeignete Planungsteams auswählen und zur Abgabe eines Lösungsvorschlags auffordern,
- die eingereichten Beiträge fachlich und wirtschaftlich bewerten,
- dem Ausschuss einen Vergabevorschlag zur Entscheidung vorlegen.

Beschluss:

Der Planungs- und Bauausschuss stimmt den Auslobungsunterlagen zu und beauftragt die Verwaltung das Vergabeverfahren für die Planungsleistungen zur Neugestaltung des Bahnhofsvorplatzes durchzuführen.

Anlagen:

- Präsentation
- Aufgabenstellung